

Diezener Zeitung



(Kreis-Anzeiger.)

(Lahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 166

Diez, Montag, den 26. Juli 1920

26. Jahrgang

Annahme des polnischen Waffenstillstandsangebots

M. London, 25. Juli. Die Times meldet, daß der Waffenstillstandsvertrag der polnischen Regierung an die Moskauer Regierung am Freitag nachmittag um 2 Uhr telegraphisch übermittelt wurde.

M. London, 25. Juli. Havas. Ein Radiotelegramm aus Moskau besagt, daß die Sowjetregierung das Waffenstillstandsabkommen der polnischen Regierung angenommen habe.

M. Wien, 24. Juli. Die Sowjetregierung hat durch ihren Generalstab einen Punkt an das polnische Oberkommando gerichtet, worin mitgeteilt wird, daß die Regierung der Sowjetrepublik bereit ist, in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten. Das polnische Kommando wird ersucht, sofort den Ort festzustellen, wo die Verhandlungen begonnen werden sollen. Unterzeichnet ist der Punkt durch den Chef des Generalstabes der revolutionären Armee und vom Volkskommissar für Militärwesen.

Sicherheitsmaßnahmen in Ostpreußen.

M. Königsberg, 25. Juli. Vom Oberpräsidenten wird zur äußeren Lage in der Provinz mitgeteilt:

Der Stolz der bolschewistischen Truppen zielt nach allen hier vorliegenden Nachrichten auf Warschau. Es ist unwahrscheinlich, daß Truppenabteilungen zum Zweck eines Angriffs auf Ostpreußen aufbrechen. Diese Möglichkeit wird aber dauernd im Auge behalten und scharf beobachtet. Ebenso wird die Möglichkeit des Uebertritts abgegrenzter bolschewistischer Truppenteile auf ostpreussisches Gebiet in Bedenken gezogen. Auch für den Fall des Eintreffens von Flüchtlingen ist gesorgt. Erschwert werden die ostpreussischen Abwehrmaßnahmen dadurch, daß über das Abstammungsgebiet die internationalisierte Kommission das Recht der Staatshoheit ausübt. Eine Genehmigung zum Einmarsch deutscher Truppen in das Abstammungsgebiet, die beantragt ist, ist noch nicht erteilt. Inzwischen übernimmt dort die Sicherheitspolizei, die im Abstammungsgebiet verhältnismäßig stark ist, und die im Augenblick noch verstärkt wird, den Grenzschutz. Da sie über eine Anzahl verlässlicher Hundertschaften verfügt, ist sie imstande, den ersten notwendigen Schutz zu gewähren, falls Uebergriffe erfolgen. Reichswehr ist bereit, und wird noch im Augenblick zu bereit, daß sie in der Nähe der gefährdeten Zusammengekommen bleibt, um bei Grenzverletzungen sofort vorgehen werden zu können. Weitere Maßnahmen sind im Gange.

Die deutsche Note.

M. Berlin, 25. Juli. Dem Präsidenten der Friedenskonferenz in Paris wurde unter dem 21. Juli folgende Note überreicht: Nach den Mitteilungen, welche die deutsche Regierung erhalten hat, sind die Truppen der Sowjetregierung nur noch wenige Tagemärsche von der ostpreussischen Grenze entfernt. Zur Wahrung der Neutralität zur Sicherung der Grenzen und zur Verhütung der Bevölkerung der noch in Erinnerung an die früheren Russeneinfälle aufgestiegene Angst, erscheint es erforderlich, eine freiwillige Schutzwehr der Eingekerkerten zu bilden, die im äußersten Notfall zur Unterstützung der Grenzschutztruppen herangezogen werden kann. Die deutsche Regierung bietet die allseitigen Regierungen, hierzu ihre Zustimmung zu erteilen und darin nicht einen Verstoß gegen die bei den Verhandlungen in Spa getroffenen Abreden zu erblicken. Gleichzeitiger fittet die deutsche Regierung, ihr zu gestatten, die zur Wahrung der Neutralität und für den Schutz der Grenzen erforderlichen Truppen durch die Abstammungsgebiete Altklein und Marienwerder an die Grenze dieser Gebiete zu lassen. Die deutsche Regierung geht davon aus, daß nach dem Friedensvertrag die Souveränität im Abstammungsgebiet bei ihr verbleiben und sie daher völlerrechtlich verpflichtet ist, die geeigneten Vorkehrungen gegen etwaige Verletzungen der Neutralität und der Reichsgrenzen zu treffen. Die Einzelheiten werden zweckmäßig mit dem internationalisierten Ueberwachungsamt in Berlin zu vereinbaren sein.

Die deutsche Neutralität.

M. Berlin, 25. Juli. Amtlich. Die Reichsregierung hat unter dem 25. Juli eine Verordnung erlassen, nach der im Hinblick auf die Neutralität Deutschlands im Kriege zwischen Polen und Sowjetrußland die Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Munition, Pulver und Sprengstoffen sowie von anderen Artikeln des Kriegsbedarfes verboten wird, sofern diese Gegenstände für die Gebiete, eines der beiden kriegführenden Länder bestimmt sind. Die Reichsregierung erkennt das Verbot des Handels von der ihr nach dem anerkannten Völlerrecht zustehenden und durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages unberührt gebliebenen Gebrauchs gemacht. Dadurch ist jeder Möglichkeit beseitigt, daß eine kriegführende Partei vor der anderen durch Zufuhr von Waffen usw. durch deutsches Gebiet begünstigt wird.

Die Begründung der Neutralität Deutschlands.

M. Berlin, 25. Juli. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Deutschland hat seine Neutralität gegenüber den kriegführenden Parteien erklärt. Maßgebend für das Verhalten der deutschen Regierung werden nur die allgemeinen Grundsätze des Völlerrechts sein. Da Deutschland und Rußland als Völlerrechtlich nicht angehören, kommt hinsichtlich der Ausfuhr von Waffen und Munition für beide Teile das Haager Abkommen von 1907 in Betracht, das die Ausfuhr von Waffen und Munition für beide Teile verbietet, aber es jedem Staate gestattet, die Transporte auch zu unterlassen. Der Friedensvertrag von Versailles zwingt Deutschland nicht zur Aufhebung der Neutralität. Zwar hebt er den Friedensvertrag

zwischen Rußland und Deutschland auf, stellt aber den Kriegszustand dadurch nicht wieder her. Die Ausfuhr von Waffen und Munition an Polen abzuführenden Waffen kann nicht verlangt werden, da die Waffen nach ausdrücklicher Bestimmung zerstört werden sollen. (Artikel 196.) Transportverträge der Militärern durch deutsches Gebiet sind nur zur Durchführung des Friedensvertrages vorgesehen (Artikel 375), können also nicht zur Unterstützung Polens im Kriege gegen einen am Friedensvertrag unbeteiligten Staat vorgenommen werden.

Das Gesetz über die Entwaflung.

M. Berlin, 25. Juli. In Durchführung der Beschlüsse von Spa fanden im Reichsministerium des Innern unter Vorsitz des Ministers Reichsbesprechungen mit den Vertretern aller Länder statt, welche die Entwaflung der Zivilbevölkerung zum Gegenstand der Verhandlungen hatten. Wie die Telegraphen-Union hierzu meldet, wurde gleichzeitig ein diesbezüglicher Gesetzentwurf ausgearbeitet, welcher in allerhöchster Zeit dem Kabinett zugehen und den Reichstag beschäftigen wird.

M. Berlin, 24. Juli. Das Reichskabinett stimmt heute dem Gesetzentwurf über die Entwaflung der Bevölkerung zu. Der Entwurf wird unverzüglich dem Reichstag und dem Reichsrat zugehen.

Ein Reichswehrgesetz.

Berlin, 25. Juli. Dem Reichsrat ist der Entwurf des Reichswehrgesetzes zugegangen. Wir entnehmen ihm folgende Bestimmungen:

Die deutsche Wehrmacht besteht aus freiwilligen Soldaten und nicht im Waffendienst tätigen Wehrmännern. Der Eintritt in die Wehrmacht erfolgt für alle Freiwilligen ohne jede Ausnahme unter gleichen Bedingungen. Die von dem Eintreten zu übernehmende Verpflichtung erstreckt sich auf eine ununterbrochene Dienstzeit von 12 Jahren. Für Offiziere schreibt der Friedensvertrag eine Mindestdienstzeit von 25 Jahren vor. Daher müssen sich Offiziersanwärter vor ihrer Beförderung zum Offizier erneut auf eine ununterbrochene Dienstzeit von 25 Jahren verpflichten. Ein Kündigungsrecht steht dem Wehrpflichtigen während der Dauer der Dienstzeit nicht zu. Der Entlassungstermin kann ausnahmsweise hinausgeschoben werden. Bezüglich der Offiziere ist nach Ablauf der Dienstverpflichtung eine Fortsetzung des Dienstverhältnisses unter gegenseitiger Kündigung vorgesehen. Der Soldatenberuf ist also für die Mannschaften und Unteroffiziere nur Durchgangsbefehl, für die Offiziere dagegen Lebensberuf.

Das Gesetz trifft Bestimmungen über die militärische Wehrführung und das militärische Vorgehen verhältnismäßig. Die Verwaltung des Heeres ist auf das Reich übergegangen. Damit entfallen die bisherigen Kantonsverwaltungen. Dagegen besteht die Möglichkeit, die Truppen nach Land und nach Aufgaben zusammenzufassen. Der landmannschaftliche Aufbau besteht im wesentlichen darin, daß in jedem Lande ein aus Landesangehörigen zusammengefügter und aus ihnen dauernd ergänzter Truppenteil gebildet wird, der je nach der Größe des Landes entweder zu einem Truppenverband zusammengefaßt ist, oder nur in einer kleineren Truppeneinheit besteht. Jeder Angehörige der Wehrmacht kommt nach Maßgabe seiner Fähigkeit zu den höchsten Stellen gelangen. Die Angehörigen der Wehrmacht dürfen sich innerhalb des Dienstbereiches politisch nicht betätigen. Den Soldaten ist die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Versammlungen verboten. Sie dürfen sich untereinander auch zu nicht politischen Zwecken nur mit Genehmigung ihrer Vorgesetzten versammeln. Das Recht zu wählen oder zur Teilnahme an Wahlen ruht für den Soldaten.

Die Stärke der Reichswehr beträgt 100000 Mann, die der Marine 15000 Mann.

Das Heer besteht aus 21 Infanterie-Regimentern, 18 Reiter-Regimentern, 7 Artillerie-Regimentern, 7 Pionier-Bataillonen, 7 Nachrichten-Abteilungen, 7 Kraftwagen-Abteilungen, 7 Sanitäts-Abteilungen. Es werden zwei Gruppen-Kommandos, 7 Infanterie- und drei berittene Divisionen gebildet. Die Flotte besteht aus 6 Linien Schiffen, 6 kleinen Kreuzern, 12 Zerstörern und 12 kleinen Torpedobooten.

An der Spitze des Heeres steht der Chef der Heeresleitung, an der Spitze der Marine der Chef der Marineleitung, die beide dem Reichswehrminister unterstellt sind.

Die Entschädigung für die Reichstagsmitglieder.

M. Berlin, 24. Juli. Der Reichsminister des Innern hat dem Reichstag folgende Mitteilung zugehen lassen: „Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 6. Juli 1920 auf Grund des Artikels 74 der Reichsverfassung gegen den vom Reichstag am 28. Juni 1920 beschlossenen Entwurf eines Gesetzes betr. Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Reichstages Einspruch erhoben. Der Einspruch wurde mit der Erwägung begründet, daß der Reichstag am 6. Juli 1920 den von ihm eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Reichstages beschlossen habe und daß dieses Gesetz vor dem am 28. Juni 1920 beschlossenen Gesetz in Kraft treten und auch nach den Absichten des Reichstages Geltung behalten soll.“

Durch den Beschluß des Reichstages vom 28. Juni wurde den Reichstagsmitgliedern die gleiche Entschädigung wie den Mitgliedern der Nationalversammlung gewährt, monatlich 1000 Mark Aufwandsentschädigung. Der am 6. Juli im Reichstag angenommene Gesetzentwurf des Reichsministers des Innern setzte die Aufwandsentschädigung auf monatlich 1500 Mark fest.

Die Bewohner der Weichselniederung.

M. Berlin, 25. Juli. Der deutsche Ausschuss für Westpreußen erläßt folgende Erklärung:

„Das westpreussische Volk hat sich durch seine Abstammung für den Anschluß an Ostpreußen und den für alle Zeiten unauflösbaren Zusammenhang mit dem Reich entschieden. Diese klare und fast einstimmige Volksentscheidung erhält ein besonderes Gewicht durch die Artikel der deutschen Reichsverfassung, die dem deutschsprachigen Volksteile den Schutz, ihrer freien völlerrechtlichen Entwicklung, ihrer Muttersprache und ihrer vollen Glaubens- und Gewissensfreiheit zusichern. Die wirtschaftliche und geographische Lage, der an der Weichsel gelegenen Gemeinden, verbietet die gewaltsame Auflösung einzelner Gemeinden aus dem natürlichen wirtschaftlichen Zusammenhang und dem bestehenden Reichsverband. Einig mit dem gesamten west- und ostpreussischen Abstammungsgebiet, erklären die am 21. Juli versammelten Bewohner der Weichselniederung, daß sie auch die kleinste Gebietsabtretung an Polen als eine Verletzung des von den abgesetzten und abgesetzten Völlerrechtlich verbrieften Selbstbestimmungsrechtes der Völler und als eine Verletzung des Weichsel des Friedensvertrages von Versailles ansehen werden.“

Zum Tode des Prinzen Joachim.

M. Berlin, 23. Juli. In Berliner Zeitungen erscheint heute früh folgende Kurznachricht:

Anlässlich des Todes des Prinzen Joachim von Preußen unseres innigstgeliebten Bruders, und meinen Beileid und mit von allen Seiten zahlreiche Beweise großer Anteilnahme und liebevollsten Mitbetroffenseins mit dem großen Schmerz, der unsere geliebten Eltern und uns getroffen hat, dargebracht worden. Den aufrichtigsten Dank meiner Familie hierfür auszusprechen, ist mir als verzagtem Vertreter unseres Herrn Vaters ein wahres Vergnügen. Mein Väterchen der letzten Lebensstunden meines unglücklichen Bruders gibt uns das Bewußtsein, daß er nach schweren Kämpfen, getrieben durch den Empfang des heiligen Abendmahles, im Frieden heimgegangen ist.gez. Eitel Friedrich, Prinz von Preußen. Potsdam, 22. Juli 1920.

Der Streit um Bela Kun.

M. Berlin, 25. Juli. Die österreichische Regierung ist der Aufforderung der deutschen Regierung, den Transport kriegsgefangener Russen, bei dem sich auch polnische Bewußtlichkeit befinden, wieder zu übernehmen, nicht nachgegeben. Der Transport hat durch diese Ablehnung der österreichischen Regierung den Anspruch auf Exterritorialität verloren. Der Transport ist einem Durchgangslager zugeführt worden. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene ist mit der Feststellung beauftragt, welche Angehörige des Transportes tatsächlich kriegsgefangene Russen sind. Es ist Vorsorge getroffen, daß diese sofort ihrer Heimat zugeführt werden. Die nicht als Kriegsgefangene festgestellten Bewußtlichen werden bis zur endgültigen Entscheidung über ihre weitere Behandlung zurückgehalten.

M. Wien, 25. Juli. Das Wiener Telegraphen-Büro verbreitet folgende Erklärung:

Als die österreichische Regierung in Ungarn herrschte, war Genosse ungarischer Soldaten in Wien. Die österreichische Regierung beschloß keine Ausweisung und führte sie durch, woraus ersichtlich ist, wie unwahrscheinlich es ist, daß Dr. Renner, der übrigens die weite Zeit des bolschewistischen Regimes in Frankreich verbrachte, Genosse vertrauliche Beziehungen gehabt habe. Bela Kun, der jederzeit die schwersten und unangenehmsten Beschuldigungen gegen die österreichische Regierung erhoben hat, kam nicht als Gast nach Österreich. Als das österreichische am Zusammenbruch war, verhandelte der letzte ungarische Gesandte dieses Regimes in Wien, Böhm, mit den hiesigen Verbandsvertretungen und mit der österreichischen Regierung über die Liquidation der österreichischen. Schwere Verurteilung und mit Wissen der fremden Botschaften entschloß sich die österreichische Regierung, den Volkskommissaren ein Asyl zu gewähren. Als Abschluß der Verhandlungen ergab sich die Vereinbarung der österreichischen Regierung mit der ungarischen Regierung über die Ausnahme der kommunistischen Volksbeauftragten auf deutschösterreichisches Staatsgebiet unter der Voraussetzung, daß die Volksbeauftragten in keiner Weise sich politisch betätigen und daß Deutschösterreich hierdurch keine innere oder äußere Schwierigkeiten erwachsen. Vom Tage der Uebernahme der Volkskommissare waren diese für die österreichische Regierung eine innere und äußere Verlegenheit. Aber die Regierung trachtete sich als gebunden. Es ist unangebracht, daß die derzeitige Regierung in Ungarn ein Opfer, das die österreichische Regierung im Interesse Ungarns auf sich genommen hat, zum Gegenstand eines Vorwurfs gegen die österreichische Regierung macht. Es ist unzulässig, daß dieselbe ungarische Regierung der kühnen wie der gegenwärtigen österreichischen Regierung Vorwürfe unterstellt, die sie schon kraft ihrer Zusammensetzung niemals haben konnte.

Die deutschen Maßnahmen.

M. Essen, 23. Juli. Die Reichsregierung hat die Führer der Bergarbeiter-Organisationen und Vertreter der Bergarbeiter zu einer gemeinsamen Konferenz für heute nach Berlin berufen. Es handelt sich um eine Verständigung der Fragen des Ueberbückens, der Einährung der Arbeiter und der Anforderungen der Ueberbückens- Arbeiter auf Erhöhung des Lohns. Die Konferenz wird im Hinblick auf die Ermäßigung einer Erhöhung der Kohlenförderung angesichts der Verpflichtungen gegenüber der Entente. Das Ergebnis der Berliner Konferenz soll als Unterlage für eine gemeinsame Verständigung der Arbeitergemeinschaft im Ruhrkohlen-ergänzung dienen. Die Bergarbeiterführer werden in Berlin u. a. auch die Einführung eines billigen Bortariffes im Ruhrgebiet verlangen und

besonderen Wert auf die Forderung einer durchgreifenden Erneuerung der technischen Betriebsverhältnisse auf den Beichen legen, um eine Verlängerung der Arbeitszeit zu vermeiden.

Lebensmitteldemonstrationen.

Mz. Trier, 23. Juli. Eine große Demonstration für den Preisabbau fand heute seitens der freien und christlichen Gewerkschaften der Angestelltenverbände im des Preisbundes statt. Zunächst wurde eine Massendemonstration auf dem Viehmarkt abgehalten. Daran schloß sich ein Umzug durch die Stadt. Die ganze Demonstration verlief ruhig. Nachmittags begab sich eine Delegation der Demonstranten zum Regierungspräsidenten mit der Forderung, sofort eine Konferenz der Landräte, Bürgermeister und Vertreter der Verbraucher und Erzeuger sowie der Kaufleute und der Händler anzuberufen, die über den vorzunehmenden Preisabbau Beschluß fassen soll.

England.

Dublin, 23. Juli. Die Ereignisse in Irland haben sich seit zwei Tagen wieder verschärft, besonders in Ulster. Seit Mittwoch nachmittag hat der Kampf fast nicht mehr aufgehört; hauptsächlich in der Stadt Belfast, wo die nationalistische Bevölkerung mit der unionistischen Bevölkerung handgemein geworden ist. Der Streit begann damit, daß die unionistischen Arbeiter in den Docks ihre Arbeitskameraden, die Sinn-Feiner, die dort arbeiteten, bedrohten, daß diese mit der Waffe in der Hand den Arbeitsplatz verlassen oder ins Meer bringen müßten, um sich der Verfolgung zu entziehen. Hierbei extrahierten einige Sinn-Feiner diese Vorfälle tiefen bald Gegenmaßnahmen der Sinn-Feiner hervor. Als die unionistischen Arbeiter die Docks verließen, wurden sie von den nationalistischen und katholischen Überfällen und mit Steinen beworfen. Die Polizei stand dem Handgemein gegenüber. Als die Truppen in Panzerautos eintrafen, bemächtigte sich der Bevölkerung eine große Erregung. Das Militär wurde von der Bevölkerung mit allen möglichen Gegenständen beworfen, doch behielten die Soldaten schließlich die Oberhand. Es gab zahlreiche Verwundete, einen Mann und eine Frau wurden getötet. Der Kampf dauerte bis zum nächsten Morgen an, wobei das Straßenpflaster aufgerissen und Bausachen erbeutet wurden. Eine Reihe von Geschäften wurde geplündert. Als für kurze Zeit Ruhe eintrat, wurden die nationalistischen Stadtviertel von Belfast besetzt, und an den wichtigsten Punkten wurden Maschinengewehre aufgestellt. Die Stadt bietet ein Bild großer Verwüstung. Gegen 200 Geschäfte wurden ausgeplündert. Der Schaden beträgt 115.000 Pfund Sterling. Die Zahl der Opfer wurde mit 100 angegeben. Im übrigen Irland gab es am Mittwoch und Donnerstag ebenfalls zahlreiche Attentate.

Irland.

Mz. London, 23. Juli. Der Unterhaus kündigte bei der Erörterung der Lage in Irland der Chefsekretär für Irland, Greenwood, einen Gesetzentwurf an, wonach im Hinblick auf den Zusammenbruch der irdischen Gerichtsbarkeit in Irland ein außerordentlicher Gerichtshof zur Aburteilung aller Verbrechen errichtet werden soll. Greenwood hat um die eifrigste Unterstützung des Hohen, indem er sagte: „Die Lage in Irland ist schlimm und wird vielleicht noch schlimmer werden. Haus und Land müssen sich auf einen bitteren Abschnitt in der irdischen Geschichte gefaßt machen. Es wird ein entschlossener und organisierter Versuch gemacht werden, durch das Mittel der Waffengewalt und der Einschüchterung die irdische Rechtsprechung zu errichten. Dieser Versuch wird nicht ohne Kampf aufzuheben werden, er kann aber zu Fall gebracht werden durch einen vereinigten Widerstand gegen solche wilden Methoden.“

Mz. London, 23. Juli. Lord George empfing eine Abordnung, die ihm die von dem Gewerkschafts-Kongress bezüglich Irlands gefasste Resolution unterbreitete. Lord George drückte seine Bereitwilligkeit aus, Irland als Glied des englischen Reiches jede Regierungsform zu geben. Die für die Gesamtheit des Volkes annehmbar sei. Er verlangte aber die Zusage, daß die Homerule im Süden und Westen angenommen werde.

Italien und Spa.

Mz. Rom, 22. Juli. Der Minister des Auswärtigen Graf Sforza erklärte in Beantwortung mehrerer Anfragen über die auswärtige Politik in der Kammer zur Kohlenfrage, nach dem Vertrage von Versailles hätte Italien Deutsch-

land das Darlehen verweigern können, das sich durch den Unterschied zwischen dem in dem Friedensvertrage festgesetzten Mindestpreis und dem wirklichen Preis ergab. Aber dann würden die deutschen Bergarbeiter nicht gearbeitet haben, und man hätte das Ruhrgebiet besetzen müssen, um Kohle zu erhalten. Dies sei durch eine Vermittlung verhindert worden. Weiter sagte er: Um zu einem Urteil über Spa zu gelangen, muß man vor allem an die Abstände denken, die sich vor der Konferenz aufgetan hätten, wenn sie plötzlich abgebrochen worden wäre wie man es befürchtete. Mein ganzes Bestreben ging dahin, die Gefahren zu vermeiden und Europa auf einen fruchtbringenden Weg zu führen. Ich hoffe, daß das Werk von Spa Früchte tragen wird. Niemand ist vollkommen zufrieden: von Spa weggegangen. Auf jeden Fall sind aber die Grundlagen einer europäischen Zusammenarbeit gelegt worden. Es fehlt auch nicht in den Annalen der Diplomatie neue Erscheinungen. So wurde ein Vertreter der Bergarbeiter zugelassen, um den Standpunkt seiner Arbeitsgenossen darzulegen. Im ganzen glaube ich sagen zu dürfen, daß Italien mit Spa zufrieden sein kann, und daß wir die Konferenz als eine glückverheißende Etappe auf dem Wege zu einer europäischen Regelung ansehen können.

Politische Rundschau.

Entwaffnung der Zivilbevölkerung. Im Reichsministerium des Innern fand eine Besprechung der Vertreter aller Länder über die Durchführung der in den Abmachungen von Spa geforderten Entwaffnung der Bevölkerung statt. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß das Reich selbst die Entwaffnung durchzuführen und daß alles geschehen muß, um die Waffen rasch zu erfassen und aus der Bevölkerung herauszubringen. Ein Gesetzentwurf des Reichsministeriums des Innern liegt bereits vor. Er wird in den nächsten Tagen dem Kabinett zur Beschlußfassung gehen. Der Reichstag wird sich alsbald nach seinem Zusammentritt mit dem Gesetzentwurf zu befassen haben.

Transportverweigerung bei politischem Kriegsmaterial. Die Danziger Zeitung meldet, daß in dem Hafen Reuschauswerf ein polnischer Dampfer mit Kriegsmaterial für Polen eingetroffen ist, den die Hafenarbeiter nachmittags entladen hätten. Da die Arbeiter sich weigerten, diese Arbeit auszuführen, bemühte sich der polnische Vertreter um die Vermittlung des Christlichen und des Deutschen Transportarbeiterverbandes. Er begab sich mit den Führern der Organisation nach Reuschauswerf, doch kam eine Einigung nicht zustande, da die Arbeiter drohten, die gesamte Hafenarbeit zum Stillstand zu bringen, wenn einige Arbeitswillige diese Arbeit aufnehmen würden. Die Organisationsvertreter stellten darauf die Vermittlungstätigkeit ein.

Der Verband will deutsche Aktien. Der Bierzweig meldet neuerdings, daß die Alliierten ihre Forderung nach Auslieferung von 1 Milliarde deutscher Industrie-Aktien für die neue Konferenz in Gené gestellt haben. Dieses Verlangen bildet einen Teil der Sicherungsmaßnahmen für die Wiedergutmachung. Wir verweisen auf die Ausführungen in dem letzten Wochenbericht vom Wertpapiermarkt. Es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß die Alliierten die führenden Werte des deutschen Kohlenbergbaues, der deutschen Eisenindustrie, des chemischen Großgewerbes, des Kalkbergbaues, und der Elektrizitäts-Industrie in irgend Holland und das Kohlenabkommen. Nach in Köln eingetroffenen Nachrichten beabsichtigt die holländische Regierung das Kohlenabkommen mit Deutschland zum Gegenstand eines diplomatischen Schrittes in Berlin zu machen. Holland will von Deutschland bestimmte Garantien hinsichtlich der Lieferung von Kohlen verlangen.

Politisches Waffenstillstandsangebot. Presseoffizielle meldet, daß Polen ein offizielles Waffenstillstandsangebot an Sowjetrussland gemacht hat. Grodno ist als Vermittlungsort vorgesehen.

Englisches Geschwader auf dem Wege nach Piga. Die Presse-Information vernimmt aus London: Dortige Blätter berichten, daß starke englische Geschwader am Mittwoch vormittag in Richtung auf die Spitze mit dem Kurs nach Naga passiert haben. Eine Weise an sich zu bringen versuchen.

Die „Liebe“ für Polen.

Allenstein, 23. Juli. Morgens gegen 9 Uhr überfuhr, wie das Volksblatt meldet, das Automobil des per-

nisch Generalkonsuls Fürsten Garterovski, das sich auf dem Wege von Warschau nach Allenstein befand, in der Hohensteinerstraße drei Kinder im Alter von 12, 10 und 8 Jahren und verletzte sie schwer. Im Automobil befanden sich neben Revolvern und Gummiknüppeln auch acht zum Teil geklebte Kognakflaschen. Anschließend hat der betrauerte Kraftwagenführer die Gewalt über den Wagen verloren. Die Volksmenge verprügelte die drei Jünglinge des Autos, darunter den aus Allenstein stammenden Dr. v. Langewald, gründlich. Drei Polen einschließlich des Kraftwagenführers wurden verhaftet. Die Erregung der Bevölkerung ist sehr groß. Vor dem polnischen Hauptquartier sammelte sich eine Menschenmenge, die eine drohende Haltung annahm. Sicher heitspolizei ist zum Schutze des Hauses ausgerückt.

Russlands Friedenswille. Bei der Berliner Vertretung der Moskauer Regierung ist ein Telegramm eingelaufen, in dem die Räteregierung erneut versichert, nicht einen Zoll deutschen Bodens betreten zu wollen, und daß es das eifrigste Bestreben Russlands wäre, mit Deutschland Frieden und die besten Beziehungen zu haben.

Die russische Handelsdelegation. Die linksdeutsche Delegation meldet aus Moskau, daß die russische Handelsdelegation unter Führung von Krassin und Kamenew am Dienstag dort angekommen sei. Das englische Kriegsgericht, das die russische Delegation nach England bringen sollte, habe Befehl erhalten, die Russen nicht an Bord zu nehmen. Krassin habe versucht, privatem Wege einen Dampfer zur Fahrt nach England zu erlangen.

Italien und Rußland. Der Quanti erzählt, daß die italienische Regierung dem Vertreter Sowjetrusslands, Bobolowitsch, einige Vorrechte zugesprochen habe, die gewöhnlich diplomatischen Agenten bewilligt werden.

Der Friede mit der Türkei. Die Times melden aus Konstantinopel: Die Regierung hat beschlossen, Reichs Ley in Paris telegraphisch zu beauftragen, die Entente-Mächte davon zu verständigen, daß die Türkei den Friedensvertrag unterzeichnen werde und daß die mit der Unterzeichnung des Vertrages verknüpften Forderungen schnell wie möglich nach Paris kämen.

Amerika und Armenien. Aus New York wird dem Tempo mitgeteilt: Der Präsident der amerikanischen Mission, die Armenien besucht hat, hat dem Kongress seinen Bericht überreicht, in dem er sagt, daß, wenn Amerika das Mandat über Armenien annähme, es gebräutet sei, in den ersten beiden Jahren dortselbst eine Armee von 50.000 Mann zu unterhalten. Im dritten Jahre könne diese allerdings um die Hälfte vermindert werden. Das erste Jahr erfordert einen Aufwand von 175.000.000 Pfund Sterling. Auf Grund dieser Erwägungen habe Amerika das Mandat abgelehnt.

Aus dem besetzten Gebiet.

Saarbrücken, 23. Juli. Saarländischer Kreistag. Im Kreis Saarlauterbach erschienen Zentrumspartei, christliche Sozialisten, eine kleine Gruppe der Bürgermeisterei Altwieser zwei, eine ländliche bürgerliche Liste zwei Kreismandate. Die Demokraten stellten aus. In den Kreistagen Saarlauterbach, Ottweiler, Saarbrücken ergeben sich Zentrumsmehrheiten.

Saarbrücken, 21. Juli. Das Saarparlament. Sämtliche politische Parteien der Saargebiete (auch die Unabhängige Sozialdemokratie) haben an die Regierungskommission eine Eingabe gerichtet, worin sie es als zureichenden Wunsch der Bevölkerung bezeichnet, daß die im Friedensvertrag vorgesehenen „gewöhnlichen Verhältnisse der Bevölkerung“, welche vor der Einführung von Steuern und Gesetzesänderungen sowie von neuen Steuern bestehen müssen, unverzüglich Wahlen ausgeschrieben werden. Zugleich eruchen die Parteien diese Wahlen als allgemeine, gleiche, geheime und direkte nach dem Verhältniswahlrecht mit gebundenen Listen stattfinden zu lassen. Bei den Gemeinderatswahlen eingeführt, auch der Reichstagswahl in gehobener System der freien Listen habe die Zustimmung der Bevölkerung nicht gefunden.

Köln, 23. Juli. Christliche Volkspartei und Dorten. Der Kölner Vorstand der vom Zentrum abgespalteten Christlichen Volkspartei hat kürzlich eine Erklärung veröffentlicht, worin er von Dr. Dorten und seinem „rheinischen Herold“ energisch abtrübt. Vorgerichtet nun in Coblenz eine Delegiertenversammlung.

Fremdes Reis.

Roman von G. Dressel.

11

Eden hatte um den Mann, dem Stadtkommissar gewohnt und eine herrliche Waise war, die so wunderbar gearbeitet waren, daß sie wie lebend schienen, dazu gelang. Schienen. Denn sie waren und liebten kunstvolle Täuschung, und die kleine phantastische Lisa, die ja noch lichterloh in feurigen Idealen glühte, war eine flammende Anhängerin absoluter Wahrheit. Deshalb trug sie zu ihren Festen nur lebende Blumen. Mochten sie auch nach wenigen Stunden in trauriger Unschöne an ihrem jungen warmen Körper welken, sie waren doch kein Betrug gewesen. Sie hatten sich mit Duft und Frische blühendem Leben geeint zu tödlichem, natürlichem Schmutz, und war die Aufgabe erfüllt, die ihnen das Leben gekostet, so tat Lisa sie mit wehmütigem Bedauern fort.

Man kannte bereits diese Eigenart des reizenden Mädchens. Einige belächelten sie als bizarre Laune, die eifrigsten der Schwärmer aber ließen es sich angelegen sein, zeitig für blühenden Erfolg zu sorgen, und wäre es inmitten einer Ballnacht gewesen, er war zur Stelle, so daß Lisa tatsächlich mitunter tadellos frische Blumen heimgebracht hatte. Unschlüssig betrachtete sie lange die Pariser Rosen, die frucht einer hochentwickelten versieuernden Kunst fast schöner waren als die natürlichen Parfums, die unweit in hohem Glase blühten und einen süßen, starken Duft zu ihr hinüberjagten.

Freilich, der fehlte den Malmajons. Sonst aber waren sie prachtvoll und pakteten mit ihrem zarten gelblichen Rosa sogar besser zu der Farbe des Kleides als die härter geübten Lieblingsblumen.

Besonders schön in Form und Farbe war auch das Blattwerk. Es hatte eine glühende tauige Frische und war mit dem süßigen Grün von entzückender Wirkung neben den ausdrucksvollen leuchtenden Blütenfeldern.

„Ich glaube, ich mache heute eine Ausnahme,“ überlegte sie nachdenklich. „Ja, ich müßte wohl dem lieben Jungen den Gefallen tun, nicht bloß seiner brüderlichen Güte wegen, auch der prachtvollen Entwurf zu dem Majolika-Kamin, den er mitgeschickte, verdient Anerkennung.“

Es klopfte an die Tür. Ein Mädchen fragte, ob der Herr Papa das gnädige Fräulein sehen könne.

„Gewiß, komm nur herein, Vater. Willst mich wohl sehen? Ach bin auch so gut wie fertig.“

„Bis auf die Rosenblätter. Es scheint, du wählst noch.“ Mit edler Vatergütlichkeit umfachte sein Bild die liebliche Tochter. O, sie hatte Geschmack, wußte, was ihr stand, die kleine Hege. Entzückend sah sie wieder aus in dem einfachen rosa Kleidchen, das einen weichen Lebensston, einen zarten Rosenschimmer auf die klare Blässe ihres feinen Gesichtchens zauberte. Und zu diesen feinen duftigen Farben der Morgenröte der wirkungsvollen Gegenlag des vollen dunklen Haars, des leuchtenden warmen Brauns der klaren tiefen Augen. Einfach süß, das ganze liebe Mädel.

„Na, Lisa,“ meinte er, vergnügt auf die Malmajons in ihrer Hand deutend, „die Schale neigt zu Suen, wie? Ich rate entschieden dazu. Herrliche Rosen sind's, und —“

„Man sollte ohnehin den Kunstgewerbler ehren, willst du sagen,“ fiel sie ihm rasch ins Wort. „Ja, Vater das sind wir ihm wohl schuldig.“

Und während sie jetzt mit viel Vergnügen einen zweig von Malmajons dem beizt ausgeschnittenen Blusenleichen anstekte, andere Ranken seitwärts auf den Schlepprost hestete, sprach sie weiter: „Ja, dieser Kamin. Damit hat uns Suen doch seine Wandlung bewiesen und eine schöne Talentprobe dazu. Nicht, Vater, du hast dich geirrt?“

„Gefreut hat mich Suen's Interesse. Eine prächtige, fleißige Arbeit, dieser Entwurf, aber — brauchen können wir ihn nicht.“

„D — o.“

„Ja, wer soll denn so was kaufen? Krösche, die das erschwigen können oder mögen, gibt's nicht viele bei uns, und für Massenbetrieb eignet sich das feine Ding schon gar nicht. Die sehr komplizierte, zeitraubende und kostspielige Herstellung würde sich nicht rentieren. Fabrikware darf nicht Liebhaberpreise erzielen wollen. Demnach, so nett an sich, ist das Ding völlig verfehlt, unpraktisch, weil nicht auf Massenabzug berechnet.“

„Es hat künstlerischen Wert, Vater.“

„Geb' ich zu. Ist aber doch mehr bizarrer Laune entsprungen, die sich nicht weiter darum kümmert, ob sie auch lukrativ ausführbar sei. Suen ist ein zu unpraktischer Mensch, da bringst du, Mädel, viel vernünftigeres Sachen zustande.“

Wie da ihr mattes Gesichtchen plötzlich aufleuchtete. „Soll ich mal versuchen, diesen feenhaften Kamin in gangbaren, deutschen Fabrikartikeln umzusetzen?“

„Das laß man, Tochterchen. Dies tolle Trachtstück wollen wir uns zum Staat hinstellen, bis mal ein Milliarär

Auf dazu kriegt. Sonst aber, — ich habe letzten mal darüber nachgedacht, es wäre am Ende doch nicht so übel, wenn ihr beide Hand in Hand wüßtet.“

Stinnend weifte sein Auge auf dem Mädchen. Solch eine zarte, ellenhafte Erscheinung war sie und hatte dabei dieses merkwürdige praktischen Bild, die stete Ruhe und doch einen emigen Arbeitstriebe, alles Eigenschaften, die Suen abzugeben schienen. Mußte ihn da Lisa nicht auf den ergänzen? Es würde ihr sicher gelingen, seinen schweigsamen phantastischen Geist in geschlosseneren Bahnen zu drängen, zu ruhigen, zielbewußteren Erfolgen und damit zu sicheren Frieden zu führen, wenn — sie eben nicht trennbar jeder Stunde, sondern in enger Gemeinschaft durch das Leben gingen.

Dieser schon früher in ihm in unklarer Heimlichkeit entstandene Wunsch nahm immer greifbarere Gestalt an. Beshalb sollte er sich nicht verwirbeln? Er gründete auf dem festen Boden günstiger Verhältnisse, vernünftiger Erwägungen, die ein schönes, sicheres Glück gewährleisten.

Ein herrliches Paar würden sie geben, und die Forderungen Fortbestehen ihm so sehr am Herzen lag, mußte dabei. Dazu wäre auch Lisas Adoption, die er dem Kamin trotz des schrulligen Widerpruchs seiner Frau schuldig zu sein glaubte und sicher auch eines Tages erlitten hätte, nicht mehr unnötig, und sie würde auf die natürliche Weise in alle Rechte und Vorteile eingesezt, die er ihr gedachte.

Diese ihn beglückende Vorstellung besetzte sich mit stärker in ihm, leit ihm im allgemeinen durch Suen's Pariser Aufenthalt mehr Enttäuschungen als Erfüllungen wurden, trotz der begeisterten Briefe des Sohnes, ja gerade wegen.

Sie verrieten ihm, weil er zwischen den Zeilen zu lesen verstand, daß Suen nebenher anderen Interessen folgte, als bereitwillen er hingeschickt worden war.

Er sollte sich nicht also zerplittern, der Junge, der sich als fahrender Geselle so gut gefiel. Nun ja, das Leben auf der Walze hatte seinen Reiz. Danach aber kamen die Meisterprüfung und der sechste Alttag. Und wenn ihn so eine holde, junge Frau Meisterin da hineinleitete, würde er sich schon anfinden mit der glatten Ebene, der Welt zu steigen.

Fortsetzung folgt.

Partei aus Aachen, Coblenz-Trier und Nassau, die jetzt ihres-
seits eine Enttuschung fühlte, mit der jener Kölner Ge-
schluß aufs schärfste desaboniert. Dortens „treuendliche Ge-
stimmung“ gefeiert und der „Rheinische Verband“ als offi-
zielles Parteiorgan anerkannt wurde. Auch habe jenen
Angehörigen der Christlichen Volkspartei in Mitgliedschaft
in der „Rheinischen Volksvereinigung“ frei, sie intervenier-
ten die gleichen föderalistischen Ziele verfolgen wie die Chris-
tlichen Volkspartei.

Weimar, 25. Juli. Die in den ersten Thüringer Landtag gewählten Abgeordneten des Thüringer Landbundes, der Deutschen Volkspartei und der Deutsch-nationalen Volkspartei haben sich zur Vereinfachung und Abklärung der parlamentarischen Arbeiten zu einer gemeinsamen Fraktion unter dem Namen Vereinigte Fraktion des Thüringer Landbundes, der Deutschen Volkspartei und der Deutsch-nationalen Volkspartei zusammengeschlossen.

Die sozialdemokratische Partei wird zum Internationalen Kongress in Genf am 31. Juli (2. Internationaler) als Vertreter entsandt: den früheren Reichsanwalt Müller, Otto Reks (Medlenburg), Schreibmann, Reersfeld, Bernheim, Stampfer, Hue, den schächlichen Ministervorständ unter Hue, Dr. Hoffmann und Frau Juchacz. Zum Bergarbeiterkongress in Genf wird eine Delegation unter Führung von Hue entsandt werden.

als in Strümpfen abgehaltener Fischschädel
Bauerntag beifolgt, um mit dem Preisabban den Anfang
zu machen, die Kartoffelpreise auf 22 Mark, Klempreise auf
4 Mark herabzusetzen. Mit anderen Erzeugnissen soll demnächst
ähnlich verfahren werden, sofern die Preise für Geräte und
Kohlen, sowie die Arbeitslöhne nicht weiter steigen.

In dem „Wenstatter Anzeiger“ lesen wir eine Anzeige der Schuhmacher-Vereinigung in der die Preise für Schuhsohlen folgendermaßen veranschlagt sind: Herrensohlen mit Abköhlen (seitler 65 Mark) jezt 48—50 Mark, Damensohlen mit Abköhlen (seitler 55 Mark) jezt 36—38 Mark, Herren-Abköhle (seitler 15 Mark) jezt 9—10 Mark, Damen-Abköhle (seitler 9—10 Mark) jezt 7—8 Mark. Das ist in hohem Maße möglich ist, sollte doch auch hier die uns durchzuführen sein.

Soß- und Sparprämienanleihe Die Ziehungen der Deutschen Sparprämienanleihe können hiesior bei sämtlichen Postanstalten, auch bei den entferntesten Postbüros auf dem Lande unentgeltlich eingesehen werden; ebenda sind sie auch zum Besche von 20 Pfennig das Stük zu beziehen.

Arbeitsarten Der Arbeitsstellen-Erzeugenpreis ist von der Provinzialarbeitsstelle für die Provinz Westfalen bis auf Weiteres auf 35 Mark festgesetzt worden.

1. Gegen die Zwangswirtschaft. Am Donnerstag im Zoologischen Garten in Frankfurt der 10. Deutsche Reichstags-Tagung. Referent: Schuhmacher (Hamburg) sprach sich in scharfen Worten gegen das zähe Festhalten der Regierung an der Zwangswirtschaft aus. Jetzt sei der günstige Augenblick zum Abbau, und zwar für den nächsten: ein weitestweiser Abbau würde keine Verringerung bringen. Die Reichler müßten zur Selbsthilfe greifen. Des Weiteren wurde über Vorsehungsträge verhandelt, deren Beseitigung gefordert wurde. In der oft rühmlichen Aussprache setzten sich zahlreiche Redner für einen allgemeinen Streik der Reichler ein, falls die Regierung die Forderungen des Bundes zum Beseitigung der Zwangswirtschaft nicht bewillige. Schließlich wurde einer Resolution zugestimmt, die u. a. fordert, die Beseitigung der Viehhandelsverbände, die Beeinträchtigung der Reichler zum Einfuhr und der Schlachtung von Vieh, die sofortige Beseitigung der Reichsliste: und die Einfuhr von Fleisch und Fleischwaren aus dem Ausland durch deutsche Fachorganisationen. Sollte bis zum 1. September die Regierung den vorstehenden Forderungen nicht nachkommen, so soll bis spätestens 7. September eine Protestversammlung des gesamten deutschen Fleischergewerbes nach Berlin einberufen werden. Mit besonderem Beifall begrüßte die Versammlung das Bekenntnis der Delegierten Denzels und des Landrats zum Deutschtum, auch nach der vorläufigen Abgrenzung dieser Gebiete vom deutschen Reich.

21. Kreuznach, 23. Juli. Ueber schlechte Aue klagt man hier allgemein. Die hohen Preisenpreise und die „schlechte Verwaltung“ vor allem für die Herren Schieber, mögen die Ursache sein, daß der Beuch des schönen Kurortes viel zu wünschen übrig läßt. Vor allen Dingen fehlen aber auch die alten, reinen Stammgäste aus dem unbekannten Deutschland.

Volkskonzert. Im Monat August wird für die Städte
Hiers und Lüneburg ein aus Berufsmusikern bestehendes Orchester
geschickt, das unter der Leitung eines auswärtigen Kapell-
meisters wöchentlich je ein Volkskonzert geben wird. Allen
Freunden, der Musik wird dadurch Gelegenheit geboten, gute
Musik für billiges Geld zu hören.

Der Gewerbeverein Diez hielt Donnerstag Abend im Saal von Hofland gemeinsam mit dem Kreisverband für Handwerker und Gewerbe eine Versammlung ab, die ausnahmsweise gut besucht war, besonders von auswärtigen Mitgl. d. d. Kreisverbandes. Der provisorische Vorsitzende, Herr Eichler Reichel eröffnete die Versammlung und gedachte zunächst verstorbenen Herrn Carl Bühl als Mitglied des Centralverbandes und Vorsitzenden des Kreisverbandes. Worauf die Versammlung sich von dem Tageserhob. Als erster Punkt und der Vortrag des Fundus des Gewerbevereins Herrn und Graber (Wiesbaden) zur Tagesordnung. „Handwerker, organisiert euch!“ schließt sich zusammen, war der Mittelpunkt der eingehenden Ausführungen und an Hand einer Tabelle wurde der Vortrag, besonders die Entwicklung des Organisationswesens ergänzt. Welche Anregung zu einer längeren Diskussion gab der Vortrag, an der sich mehrere Herren beteiligten. Am Ende der Tagesordnung brachte Vorschlagsentscheidung des Kreisverbandes, Erhöhung der Beiträge, Wahl eines Vorstands. Die Versammlung beschloß, von einer Namensänderung des Vereins abzusehen und den Namen Gewerbeverein weiter beizubehalten. Bei Erhöhung der Beiträge stimmte die Versammlung zu. Zur Wahl des Vorstandes wurde eine Kommission von fünf Herren ernannt, die bis zur nächsten Versammlung die Angelegenheit vorbereiten soll. Nach dem gesuchten Ergebnis der Versammlung besteht die Hoffnung, daß der Gewerbeverein zu der leibhaftig gewohnten Thätigkeit wieder erziehen wird.

Kreisbauernschaften u. freie Gewerkschaften. Von einer gemeinsamen Sitzung mit dem Vorstand der Kreisbauernschaften hatte das Kartell freier Gewerkschaften vor Unter-
suchung eingeladen, dem die Bauernschaften in dankens-
werther Weise gefolgt waren. In einer Kartell-Verammlung
des 1. und 2. d. M. war die Forderung erhoben worden,

wegen der allgemeinen Teuerung direkt mit den Bauernschaften des Kreises in Verbindung zu treten. Herr Bechtel in Dies wurde mit einer Kommission beauftragt, die notwendigen Schritte zu unternehmen. Die Zusammenkunft die in Dies im „Hof von Holland“ am Samstag stattfand, kann im Voraus als ein gutes Gelingen für Verbraucher und Erzeuger bezeichnet werden. Herr Bechtel als Sprecher des Kartells legte eingehend die Gründe dar, wie notwendig das direkte Verkehrsgewissen Erzeuger und Verbraucher sei. Die in kleinen Städten lebenden Landwirte hätten die Sorge um die Wintermonate sei größer wie je! Nach Aussage des Reichsernährungsministers sei eine 30 prozentige Preiserhöhung zu erwarten, ohne die Erhöhung der jetzt schon vorgenommenen Getreidepreise! Dem gegenüber wünte dem Arbeiter kein Pienig mehr Stundenlohn, sondern drohe man mit Arbeiter-Entlassungen, Arbeitszeit-Verkürzungen usw. Wenn es da zu schlimmeren Folgen komme, sei das zu erklären. Die Hauptstütze des Staates zum Wiederaufbau sei der Arbeiter- und Bauernstand. Letzterer leide unter der Teuerung der Waren für den täglichen Bedarf. Wogegen der Arbeiter diese sowohl wie die Lebensmittelteuerung hinzunehmen gezwungen sei. Die Höchstpreise für Lebensmittel im ganzen Reiche seien gleich, obwohl die Löhne und Gehälter sehr unterschiedlich seien. Hier müsse die Bauernschaften der Arbeiterschaft, dem Beamten und kleinen Rentner entgegen kommen und ihm helfen, für billigeres Geld seinen Lebensmittel-Unterhalt zu schaffen. Denn im Bahntal sei die Bezahlung schlecht, die Arbeitsgelegenheit ungünstig. Wenn man dieser Kartegrie, für Kartoffel beispielsweise, 30 - 35 Mark abnehmen würde, so müßte das zur Katastrophe führen. Mit Landwirten habe man bereits Fühlung genommen, die ebenfalls mit uns der Ansicht waren, daß 15 - 18 Mark für die Kartoffel genügend sei. Wir wollten keine Preise diktiert, sondern auf dem Verhandlungswege unter vorherigem seitegleichem gut organisierten Verteilungsplan gemeinsam den Preis festsetzen. Bei gutem Willen auf beiden Seiten muß das möglich sein. Die Bauernschaften müssen sich in die Versorgung der Bevölkerung ihrer eigenen Heimat eine besondere Ehre machen, und wird der Dank aller Versorgungsberechtigten nicht ausbleiben. Mit gegenseitigem Zahlenausrechnen ist uns und euch nicht abhand. Die Forderung

der Zeit erkennen, die große Not hindern helfen muß das Gebot der Stunde sein. In der anschließenden Ansprache betonte Herr Wandmütz (Karpas) (Wörsdorf) die Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Redners und sprach für ein Entgegenkommen, das er für den Kreis durchaus anerkenne und wünsche. Der Kreis könne erst später gemacht werden, wenn es festgelegt sei, ob eine gute oder schlechte Ernte gäbe. Auch müsse man bestimmt wissen, wieviel Körbe in Frage kämen. Auch glaubt er in die Aufhebung der Zwangswirtschaft der Kartoffel. Herr Basler (Reichbach) sprach auch in ruhiger und sachlicher Weise für eine Verständigung und betonte, wenn es möglich sei, einen Kreisabbau auch der anderen Waren zu erzielen, dann könne gegen ein Preis von 12—15 Mark in Frage kommen. Herr Albinhof (Birlenbach) sprach über die teuren Düngemittel und Arbeitermangel auf dem Lande zur Zeit der Ernte, auch er betonte die Verständigung. Herr Künzler (Freienried) hob hervor, daß Arbeiter beschaffen hätten, keinem Bauer zu helfen. Herr Diez (Ditz) gab durch Aufrechnung der Ausgaben für eine durchschnittliche Familie bei einem heutigen Verdienst bekannt, er besprach die Arbeitslosigkeit am Plage und rief die Arbeiter vom Lande, die hier beschäftigt seien, in der Erntezeit zu hause den Bauern zu helfen. Ein Beschluß der Arbeiter in Bauern nicht helfen sollen, liegt nicht vor. Die Mehrzahl der Versammelten wurde, daß Arbeiter, die ihre acht Stunden gestreift hätten, dann nicht mehr, auch noch anderswo in der Industrie zu helfen. Willert (Allendorf) und Strauß (Freienried) traten einen recht baldigen und günstigen Ausgang dieser Verhandlung. Herr Dr. Schildwächter (Münchbach) erkannte die Notwendigkeit einer Verständigung an und er glaubt, auch, daß die gesamten Bauernschaften dies einsehen werden. Er wünscht jedoch Auskunft, wie die Arbeiterschaft der Bauern aussehen könnten, die sonstigen Artikel wie Meier, Schule usw. zu verhängen. Herr Bechtel (Ditz) ging in seinem Schlusswort auf die Diskussion ein. Er betonte, wenn auch wohl nur von der Arbeiterschaft hauptsächlich hier die Rede sei, so müsse er insbesondere nochmals aussprechen, daß die größte Verbrauchsgesellschaft das Kartell der freien Gewerkschaften auch hier die kleinen Beamten, Handwerker und Rentner mit vertretbarer Rolle und allen die Wohltat einer gemeinsamen Aktion zu vollziehen werden zu lassen. Er stellte fest, daß allen die Auffassung der Verständigung über antichamber Presse insbesondere über Kartoffeln erzielt sei. Jetzt müsse auch über den größeren Fisch der Behörde hinweg gehandelt werden und gezeigt werden, was es heißt, für die Allgemeinheit zu wirken. Herr Schildwächter (Münchbach) gegenüber könne vorläufig nur geantwortet werden, daß durch Preisprüfungsstellen welche mit Kommissionen arbeiten, alle Preise nachgeprüft werden, sodas durch sicherlich schon sehr viel Gutes für alle geschaffen wurde. Die Hauptphase der Ansprache, daß die gegenseitige Übereinstimmung genügend gebrochen sei, muß festgestellt werden und gibt die beste Gewähr für das Gelingen der guten Sache. Eine Kommission, bestehend aus dem Vorstand der Preisbauernschaften und dem Aktionsausschuß des Kartells der freien Gewerkschaften treten am Sonntag nachmittag 2.30 Uhr Oberndorf erneut zusammen.

Vorstehende Aufhebung der Fleischkarte.
n Berliner Blatt berichtet, daß die Fleischkarte als Kontroll-
mittel des Fleischverbrauches vom 1. 9. d. Js. ab im ganzen
reiche aufgehoben werden soll. Wie die „Allgemeine Volks-
zeitung“ dazu von unterrichtlicher Stelle erzählt, wird die
Aufhebung der Fleischkarte tatsächlich eintätig ergehen. Ein
Fehlstoß ist noch nicht gefaßt. In diesem Sinne ist die
Aufhebung des Berliner Blattes richtigzustellen. Wenn die
Fleischkarte aufgehoben wird, geschieht es aus der Erwägung
hervor, daß die Kundenliste in Verbindung mit dem Bedeu-
tungsanweis als hinreichend angesehen wird.

Dem Steuerabzug. In zahlreichen Beschwerden wird
darauf geñhrt, daß seitens der Besessenen bei Aus-
zahlung der Renten an Kriegsbeschädigten und Pensionen an
Legionärinnen und Waisen 10 Prozent als Steuerabzug
abgehalten werden. Von den Renten an Kriegsbeschädigte
nach § 2 der Bestimmungen über die vorläufige Er-
hebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Rechtszins
das Rechnungsjahr 1920 vom 21. Mai 1920 ein Abzug ab-
gegriffen nicht vorzunehmen, von den Pensionen der Waisen
und Waisen nur dann, wenn der Jahresbetrag 1500 Mark
erreicht. Das Landesfinanzamt in Altn hat die Ederpost-
effektionen ersucht, alle Postanstalten hierüber in Kenntnis
setzen. Nichtzahlung der hiernach zu Unrecht einbehaltene
träge seitens der zuständigen Steuerbehörde kann unter
Berücksichtigung der Verhältnisse und Befugnisse der Weisungsmittel
den zuständigen Finanzämtern beauftragt werden.

Eigener Nachrichtendienst der Pieper und
Emjer Zeitung.

Nr. 14, 25. Juli. Das Echo du Rhin bringt unter der Ueberschrift „Ein schwerwiegender Zwischenfall“ die Meldung, daß Dr. Dorten gestern nachmittag vor seiner Wohnung in Wiesbaden von drei mit Revolvern bewaffneten Männern verhaftet, in ein bereitstehendes Auto geworfen und alsbald in das unbefestigte Deutschland überbracht worden ist. Die deutsche Behörde in Wiesbaden ist in Unsicherheit über die Verhaftung gefaßt worden, die von der Frankfurter Polizei ausgeführt worden sein soll auf Befehl des Reichsgerichts in Leipzig wegen politischer Handlungen, die in die Zeit des Waffenstillstandes zurückführen.

Wz. Münster, 25. Juli. Im Anschluß an die von mehreren Blättern gebrachten Nachrichten über Grenzzwischenfälle an der holländischen Grenze bei Suderwold, in deren Verlauf ein Holländer getötet und zwei schwer verwundet wurden, erfahren wir von zuverlässiger Stelle: Obgleich eine Streife der an der holländischen Grenze eingesetzten grünen Polizei in der Nacht vom 17. auf den 18. Juli wurden die Beamten von einer Anzahl von Männern tödlich angegriffen und schließlich aus Revolvern beschossen. Die Sicherheitspolizeibeamten machten daher von der Waffe Gebrauch, wodurch eine Person getötet und zwei schwer verwundet wurden. Es handelt sich nach Feststellung der Personalkommission um Schmuggler und Räuber holländischer Nationalität, welche vorher zwei Personen angefallen hatten. Die Vorgänge spielten sich auf deutschem Gebiet ab.

Eine paritätische aus deutschen und holländischen Beamten zusammengesetzte Kommission hat die Vorfälle dahin aufgeklärt, daß die Beamten der grünen Polizei in der Ausübung ihrer Pflicht nach jeder Richtung hin einwandfrei gehandelt haben.

Wz. Glessburg, 25. Juli. Sämtliche aus dem abgetretenen nordfriesischen Gebiet nach dem 14. Juni 1920 ausgewiesenen Personen werden aufgefordert, sich unverzüglich unter Angabe ihrer sämtlichen Personalien und des Ausweisungstatbestandes schriftlich bei dem Abwickelungskommissar für Nordfriesland in Hensburg (Kunst- u. Gewerbeamt) zu melden.

Mg. Warschau, 25. Juli. Von einer Räumung Lembergs kann keine Rede sein. In Warschau herrscht völlige Ruhe. Der Verkehr auf den Bahnhöfen übersteigt nicht den sonst üblichen. Der amtliche Monitor veröffentlicht die Einberufung aller von 1890 bis 1894 geborenen männlichen Personen zu den Waffen. Ein Erlass Bischoffs sichert die völlige Straffreiheit allen Fahnenflüchtigen zu, die sich innerhalb zweier Wochen wieder zum Dienst melden. — Nach einem Privattelegramm aus Lemberg sollen polnische Truppen am Dienstag abend Dubno zum dritten Mal den Russen entreißen haben. Die Spruska-Linie soll wieder in polnischen Besitz ein.

Wz. Berlin, 25. Juli. Nachdem die österreichische Regierung die Wiederaufnahme Pola Skuns vertagt hat, ist der Transport der kriegsgefangenen Russen, bei dem er sich befindet, einem Durchgangslager zugeführt worden. Von dort sollen die Gefangenen in ihre Heimat befördert werden, während Pola Skun und Bergi jedoch weiter interniert werden.

Wz. Berlin, 25. Juli. Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Die beiden aus dem Transport der kriegsgefangenen Russen ausgeordneten Persönlichkeiten heißen nach ihren Angaben: Schun, Bela, geb. 8. Februar 86 in Szilagheby, und Gabor, Moses, geb. 5. Mai 88 in Ugherod. Ihre Identität und Nationalität wird nachgeprüft. Für ihre Unterbringung und Uebervachung ist Sorge getroffen.

Nach einer Mitteilung der hiesigen ungarischen Vertretung befindet sich ein Kurier mit dem Auslieferungsbegehren der ungarischen Regierung auf der Fahrt nach Bern. Das Begehren wird auf Grund des beizubringenden Materials genau geprüft werden.

Wz. Bafel, 25. Juli. Aus Kopenhagen wird gemeldet, daß starke englische Geschwader in östlicher Richtung mit im Kurs nach Riga die Bsee passiert hätten. Längs der preussischen Grenze trifft man immer neue reguläre polnische Truppen auf der Flucht. Der italienische Kommissar des Abstimmungsgebiets Allenstein kündigt das unmittelbar bevorstehende Eintreffen starker alliierter Truppenteile im Abstimmungsgebiet an.

Mz. A n i s t e r d a m , 25. Juli. Nach dem erst heute
eingetroffenen, n. ausführlichen Bericht der Rede Lloyd
Gorges im Unterhause jagt dieser bezüglich des Vorwärtens
der Polsschwärmer gegen die deutsche Grenze noch: Wir
wissen uns klar machen, was das bedeutet. Für Deutsch-
land mit seinen Völkern, Verpflichtungen und überwältigender
Schuldenlast besteht, wie für jeden anderen Schuldner
eine große Versuchung einen einfachen und bequemen Aus-
weg zu finden. Freilich würde dies nur durch eine Anarchie
möglich sein, aber es gibt in Deutschland Millionen Men-
schen, die ungezogen werden und es gibt in Deutschland
Millionen kriegsgeübter Männer, und die Polsschwärmer
und ihre unmittelbaren Nachbarn. Ich bitte, nur an die
Möglichkeit zu denken, daß die Allerten der Kräfte ihres
verkauften Sieges herabsteigen könnten. Die All-
erten seien unter diesen Umständen zu dem Entschlusse
kommen, den Vorstoß der Polsschwärmer durch polnisches
Gebiet unbedingt zu verhindern.

Dr. Perlín, 25. Juli. Die Konferenz der Braun-

1. Es tritt sofort ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums zusammen. In diesem Schiedsgericht werden die Forderungen der Arbeitgeber weiter unterbreitet.

2. Nach Fällung des Schiedsspruches findet eine weitere Konferenz statt, um das Ergebnis zu beraten und den Beschlüssen den Vorschlag zu unterbreiten.

3. Ueber diesen Beschluß wird dann unter den organisierten Veleigenschaften abgestimmt werden.
Damit ist der Streik im mitteldeutschen Braunkohlenerbiet vermindert. Voraussetzungsweise wird das Schiedsgericht am 28. Juli in Halle zusammenzutreten.

Amtlicher Teil.

3-Mr. 8821. Diez, den 24. Juli 1920.
An die Magistrat in Diez, Nassau, Bad Ems und
die Herren Bürgermeister der Landgemeinden
betreffend: Volksschulbauten im laufenden
Rechnungsjahr.

Herstellung von Badwerk aus Weizenmehl.

Die gewerbsmäßige Herstellung und das Ver-
kaufen von Weißbrot, Brötchen und Weißgebäck
(Hörnchen etc.) aus Weizenmehl ist verboten. Lika-
unter fällt auch Badware aus ausländischem Mehl.
Ausländisches Mehl kann in den Regierungs-
Büros nicht eingeführt werden, da Einfuhr-
verbot besteht und eine Einfuhr-Erlaubnis grund-
sätzlich nicht erteilt wird. Zuwiderhandlungen werden
bestraft und haben die Hersteller solcher Badwaren
Beschlagnahme der Ware und Schließung des Betrie-
bes zu erwarten.

Ausgenommen von diesem Verbot sind lediglich
die Bäckereien die amtlich mit der Herstellung der
Brotbackwaren beauftragt werden.

Bad Ems, den 23. Juli 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Abchlagszahlung auf die für 1920 zu er- hebenden Gemeindesteuern auschl. Ein- kommensteuer, Gebühren u. das Schulgeld.

Infolge der neuen Steuerreform hat die ge-
samte Steuerbelastung eine wesentliche Vergröße-
rung erfahren und können daher von der Stadtkasse
die Anforderungen für die Grund-, Gewerbe-
Betriebs- und Hundesteuer sowie Mül- und
Kanalgebühren, ferner für das Schulgeld,
nicht rechtzeitig ausbezahlt werden. Die Stadtkasse
ist hierdurch nicht in der Lage, die Erhebung recht-
zeitig vorzunehmen. Da die Stadt größere Zah-
lungsverpflichtungen hat, braucht sie dringend Geld.
Bei den vorerwähnten Steuern und Gebühren ist auch
hinichtlich der Höhe des Betrages gegenüber dem
Vorjahre eine Verminderung nicht zu erwarten.
Wir richten an alle in Betracht kommenden Steuer-
pflichtigen die Bitte, auf die Steuern und Gebühren
sowie das Schulgeld die Hälfte des in der Gemein-
deanforderung für 1919 aufgeführten Betrages an
die Stadtkasse einzuzahlen. Die Summe wird auf die
Steueranforderung für 1920 später verrechnet. Bei
vorgedachter Zahlung im Bank- oder Postcheckverkehr
ist es zur Vermeidung von Irrtümern nötig, daß an-
gegeben wird, es handle sich um eine Abchlagszah-
lung auf die Gemeindeforderungen für das Jahr 1920.
Die Stadtkasse hat Konten bei der Landesbank für
Bad Ems, bei dem Emser Vorschuß- und Kreditverein,
Bad Ems und beim Postsparkass Frankfurt a. M. Nr.
2595.

Bad Ems, den 23. Juli 1920.

Der Magistrat.

Freibank auf dem Schlachthof zu Ems.

Heute Montag, den 26. d. Mts., von
5-6 Uhr nachmittags Verkauf von Rindfleisch
auf die Freibankkarten Nr. 276-375.

Die Schlachthofverwaltung.

Verzogen

nach Luisenstr. 1 part.
(vormals Institut von Bismarck)

Ehrenberg, Dentist,
Diez.

Für den Baubedarf

empfehlen wir uns zur Lieferung von:

la. frischgebrannten Graukalk
„ Kalkasche
„ Bausand
„ Bruchsteine
„ Schwemmsteine
„ Portland-Zement usw.

stets vorrätig auf unserem Kalkwerk Staff.

Staffeler Kalkwerke
Piel & Zils, Urmitz, Bahnhof.

Mädchen

gegen hohen Lohn nach M.-Gladbach gesucht.
Offerten unter Kurgast 330 an d. Geschäftsst.

Bekanntmachung.

Infolge größerer Reparatur wird die städtische
Wasserleitung von 10 Uhr abends bis 4 Uhr
morgens abgestellt.

Diez, den 26. Juli 1920.

Die städtische Betriebsverwaltung

Lebensmittelfelle für den Stadtbezirk Diez.

Montag, den 26. Juli 1920, Ausgabe von
Butter an Kranke für die Woche vom 19.-26. Juli
bei Georg May.

Die Regierung verlangt umgehend eine Nachweisung
über den Bedarf an Staatsbeihilfen zu Volksschulbauten.
Ich ersuche um umgehenden Bericht, welche Neu-
bauten, Erweiterungsbauten oder größere bauliche Zustan-
dsetzungen dieses Rechnungsjahr voraussichtlich noch zur Aus-
führung kommen werden und mit welchem Kostenaufwand
(Summe des Kostenanschlags). Es kann sich selbstverständ-

lich nur um die Ausführung unaufschiebbarer Bauten han-
deln.

Sehlanzeige ist nicht erforderlich.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

J. B.: Müller, Kreisdeputierter.

L. J. Kirchberger, Bankgeschäft

Bad Ems, Nassauer Hof.

Ausführung sämtl. bankgeschäftlicher Transaktionen.

Eröffnung verzinslicher Scheckkonten.

L. J. Kirchberger.

Café Hohen-Malberg

BAD EMS

Heute nachmittag:

KONZERT

An unsere werte Kundschaft!

In letzter Zeit versuchen es wieder Händler und
Hausierer das Publikum mit Stoffen zu billigen,
in Wirklichkeit aber sehr teuren Preisen zu beglücken.
Es sind in der Regel Stoffe, welche die heutigen hohen
Arbeitslöhne, die auch wir gezwungen sind zu zahlen,
nicht wert sind, viel weniger das teure Futter. Wir
hätten unsere werte Kundschaft vor Ankauf von Stoffen
aus unbekannter Hand, ohne vorher das Urteil
eines wirklichen Fachmannes gehört zu haben. Die
Warengüte, die tatsächlich bestand, ist heute über-
wunden, wenn auch gute Stoffe, aus la. Wolle her-
gestellt, im Preise leider ganz wenig zurückgegangen
sind. Wir werden uns bemühen, unsere werte Kundschaft
mit guten Waren und realen Preisen zu be-
dienen.

Schneiderinnung Bad Ems

Ortsgeschichtliche Sammlung Bad Ems.

Geöffnet:

Montags, Mittwochs u. Freitags
von 2-5 Uhr.

Die städtische Altertumskommission

Deutsche Warte

Tageszeitung

für Lebens-, Wirtschafts- und
Bodenreform
mit den Beilagen

Land- und Hauswirtschaft — Gesund-
heitswarte — Jugendwarte — Der
Sonntag — Frauenzeitschrift und täg-
liches Unterhaltungsblatt.

Monatlich nur 6 Mark

Bestell-Nr. 6.

Die Zahnpflege nach zahnärztl. Vorschrift:

Zahnpulver Nr. 23 nur echt mit Na-
menszug Zahn-
arzt P. Bahr.

Blendend weiße, schöne, gesunde Zähne!

In Langewiesen in der Stadt-Apothek.

In Bad Ems in der Drogerie von Aug. Roth.

In das Genossenschaftsregister ist bei der Genos-
senschaft Spar- und Darlehnskasse, eingetragene Ge-
nossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, in Langen-
scheid (Nr. 9 des Registers) am 10. Juli 1920 folgendes
eingetragen worden:

Durch Generalversammlungsbeschluß vom 7.
Juni 1920 sind an Stelle der aus dem Vorstand
ausgetretenen bisherigen Vorstandsmitglieder
Ludwig Bauer und Wilhelm Reher der Landwirt
und Maurer Karl Tapp und der Landwirt
und Bäcker Ludwig Götze in Langenscheid in den Vor-
stand gewählt.

Diez, den 21. Juli 1920.

Das Amtsgericht.

Kurkommission Bad Ems.

Heute Montag, den 26. Juli 1920,
abends von 8 Uhr ab

KONZERT

der

Bad Emser Stadtkapelle.

Zur Desinfektion der Viehställe

empfehle:

Kremulsion Nördlinger

ferner

Chlorkalk, Lysol und
Creolin

Drogerie von Aug. Roth,

Bad Ems.

Hausverkauf.

Dienstag, den 27. Juli 1920, abends 8 1/2 Uhr
lassen die Erben der verstorbenen Frau Brühl
ihr in Bad Ems, Coblenzerstr. belegen Wohn-
haus, Stall u. Hausgarten im Gasthaus „Prinz
Eitel“, erbschaftshalber freiwillig, versteigern.

Bad Ems, 22. Juli 1920.

1727

Zuverlässiger Maschinist

für 200 PS Lokomobile für sofort gesucht.
C. S. Schmidt, Drahtwerke, A.-G.,
Niederlahnstein.

Nebenverdienst

bis 1000 M. monatlich, leicht zuhause, ohne Vorkennt-
nisse. Dauernde Erzt. Näh. auf briefl. Anfr. an
C. Doehre & Co., G. m. b. H.
Berlin-Richterfelde, Postfach 340

Kaufe alle Sorten

Brennholz

u. erbitte Angebote mit Lieferzeit, Länge u. Zopf.

Michael Kleinmann,

Coblenz

Schlossstr. 31

Fernruf 2437

Tele.-Adr.: Holzvertrieb.

Weinkarten-Blanketts

zu haben in der

Druckerei Sommer, Bad Ems u. Diez

Rhein-u. Moselweine

Heinrich Maxeiner, Weinhandlung

Bad Ems. „Zur Wacht am Rhein“ Telef. 143

+ Geschlechtskrankheiten! +

- Rasche Hilfe durch giftfreie Auren. -

Harnröhrenleiden, ferner auch venöser Ausschlag, Syphilis, etc.
harter Schluß ohne Schmerzen und schnelle Einheilung. Syphilis, etc.
Beschreibung, ohne Schmerzen, Querschnitt und Harnröhren-Einheilung.
Mannschwäche, ferner wirksame Kur ohne Beschädigung
des jährl. d. drei Jahren ist eine ausführliche Broschüre erhalten mit zahlr. arg.
Bewerten u. hunderten freiwilligen Dankschreiben Geheiler. Zusendung gegen
1 Mk. 100 Worte und Spesen in verschlossener Doppelhülle ohne Rücksendung
Spezialarzt Dr. med. Cammann, Berlin O. 77
Potsdamer Strasse 123B. Sperrstunde: 9-11, 2-4
Sonntags 10-11 Uhr.
Gegenwärtig in Berlin erschienen, damit richtige Beurteilung möglich werden kann

Verkaufe

Dienstag im Gasthaus zu
Krone, Ems Einma-
bohnen pr. Ztr. 100 M.
auch werden Bestellungen
entgegengenommen. Fern-
sonne ich jeden Dienstag
Donnerstag u. Samstag mit
frischem Gemüse. 1779
Franz Phil. Mattermann

Einen Handbeutel

mit Inhalt verloren. Abzug
Coblenzerstr. 39, Ems.

Ein schöner 1771

Gramophon

mit Schallbörse u. 20 Platten
zu verkaufen. Angebote mit
Preisangabe unter F. 48
an die Gesch.

Kost und Logis

in Privathaus für 2-3
Monate sofort gesucht. Off.
in Preis unter C. 47 an
die Gesch. 1778

Mädchen

welches mögl. nähen kann
in kleinen Haushalt (2 Pers.)
sofort gesucht. Offert. an
Postfach 67 Andernach

Schöne abgeschlossene

3 Zimmer-Wohnung

zum 1. Oktober ebl. fröh-
lich zu mieten gesucht. 1779
Werner Dreiß, Ems
Hotel Hohen-Malberg

5-6 Zimmer- Wohnung

mit Garten zum M. od. Ja-
zu mieten ges. Aufst. D.
m. Preis und Zeichnung an
beiden an 1772
D. Boddert, Hierlohn
Westf. Maschin.-Industrie

Dame

perfekt im Schneidern (sch-
n. 14tägigen Aufenthalt. Gegen
freie Station und Schläfer
wird bis mittag geschäftlich
Off. unter A. 52 an d.
Geschäftst. 1781

Klavier- stimmen

übernimmt

C. Mand

Coblenz,
Schloßstraße 36.

Fahrrad

tadellos, umständehalber bei
zu verkaufen. Angebots-
zwischen 6 u. 7 Uhr abds.
Ruhstr. 31, part., Ems

Riesling-Wein

ferner ein noch guter sch-
n. Wagen preisw. f. f. f.
jährl. zu verkaufen. Näh.
Geschäftst. 1774

Zu verkaufen:

eine kompl. Küchenein-
richtung, ein Gas-
herd, eine Pumpe, ein
eif. Klappbett, ein edl.
nußb. Bett m. Sprung-
rahmen, ein Bett m.
Sprung, eine nußbaum.
Balkustrade m. Bugen-
schrauben (eig. Zimmer-
abteilung), ein kleiner
eigen. Waschtisch.
Diez, Luisenstr. 6.

Schwimm- und Bade-Anstalt

Bad Ems

unterhalb d. Kaiserbrücke

Schwimm-Unterricht wird

erteilt

Den ganzen Tag geöffnet

Badewäsche dazwischen zu haben

Sonnen-Licht u. Luftbad.